



PRESSEMITTEILUNG

Bauwirtschaft begrüßt Investitionspaket und fordert Priorität für den Wohnungsbau

Fachgemeinschaft Bau fordert gezielte Förderung regionaler Unternehmen

Berlin, 05.03.2025. Die Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg begrüßt die Einigung von Union und SPD auf ein 500 Milliarden Euro schweres Sondervermögen für Infrastruktur und Wirtschaft, das über zehn Jahre genutzt werden soll. Die jahrelange Vernachlässigung der Infrastruktur hat längst zu einem Standortnachteil geführt, insbesondere marode Brücken und unzureichende Verkehrswege bremsen die wirtschaftliche Entwicklung in der Region.

„Das Sondervermögen ist ein wichtiger Schritt, aber wir dürfen nicht den Fehler machen, den Wohnungsbau auszuklammern. Ohne bezahlbaren Wohnraum bleibt es unmöglich, dringend benötigte Fachkräfte und Auszubildende für unsere Region zu gewinnen“, erklärt Katarzyna Urbanczyk-Siwiek, Geschäftsführerin der Fachgemeinschaft Bau.

Neben der dringend notwendigen Investition in Straßen und Brücken muss sichergestellt werden, dass die Mittel gezielt an mittelständische und regionale Bauunternehmen vergeben werden. Nur so können Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort gestärkt und wirtschaftliche Abhängigkeiten reduziert werden. Die Bauwirtschaft erwartet daher von der Politik eine klare Priorisierung und eine unbürokratische Umsetzung der Maßnahmen.

Die Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V. vertritt die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft in Berlin und Brandenburg. Sie betreut rund 900 Betriebe und ist damit der größte Bauarbeitgeber- und Bauwirtschaftsverband in der Region. Weitere Informationen unter www.fg-bau.de.

Katarzyna Urbanczyk-Siwiek
Geschäftsführerin
Tel.: 030 / 86 00 04-19
E-Mail: siwek@fg-bau.de